



Paritätischer Niedersachsen e.V.

Paritätischer Niedersachsen e.V. · Gandhistr. 5A · 30559 Hannover

GD EMPL/E/I
J-2701/122
Europäische Kommission

B - 1049 Brüssel

| |
|----------------------|
| DG EMPL - CAD A20734 |
| Date: 13-09-2005 |
| CF: E |
| C: |

Vorstand

Gandhistr. 5A · 30559 Hannover
Telefon (05 11) 5 24 86-0
Durchwahl (05 11) 5 24 86-370
Telefax (05 11) 5 24 86-333

Unser Zeichen 60 - 6.5.1.2

Datum 31.08.2005

Es berät Sie Frau Heidrich

E-Mail: heidrich_b@paritaetischer.de

Stellungnahme zum Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Grünbuch zum demographischen Wandel will die EU einen Diskussionsprozess anstoßen: wie können die Mitgliedsstaaten mit den gewandelten Bedingungen umgehen; welche Konsequenzen müssen aus dem demografischen Wandel gezogen werden, wie kann Europa wieder auf den Weg des demografischen Wachstums kommen und welche Funktion kann die Gemeinschaft dabei übernehmen?

Aufgrund der knappen Zeit kann der Paritätische Niedersachsen als einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen nicht zu allen Fragekomplexen des Grünbuch Stellung nehmen.

Generell merken wir an, dass im Grünbuch die Auseinandersetzung mit den Folgen der demografischen Entwicklung für Menschen mit Behinderungen fehlt. Wir halten es für dringend notwendig, diese Menschen in die Überlegungen mit einzubeziehen und zukunftsfähige Modelle einer wirklichen Teilhabe und Integration gemeinsam mit dem betroffenen Personenkreis weiterzuentwickeln. Dies betrifft besonders auch den Kreis der älteren Menschen mit Behinderungen. Nicht zuletzt ergeben sich hieraus Chancen für die gesamte Gesellschaft, da die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen für ein zukunftsfähiges Europa unabdingbar ist.

Wir möchten daher beispielhaft einige uns wichtig erscheinende Fragestellungen nennen:

- Welche Formen der Erwerbsfähigkeit sind für Menschen mit Behinderungen im Alter vorgesehen?
- Wie kann die Prävention im Gesundheitsbereich für Menschen mit Behinderungen aussehen?
- Wie können Teilhabemöglichkeiten für alte Menschen mit Behinderungen gestaltet werden?
- Wie wird die Solidarität für alte Menschen mit Behinderungen gefördert?

Im Rahmen der zukünftigen Strukturfondsförderungen sollten für diesen Bereich entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

En detail nehmen wir zu folgenden ausgewählten Fragekomplexen Stellung:

1) Fragenkomplex Einleitung:

- *Glauben Sie, dass die europäische Ebene angemessen ist für die Eröffnung einer Diskussion über den demografischen Wandel und die Bewältigung seiner Folgen?*

Der Paritätische Niedersachsen begrüßt ausdrücklich den von der Europäischen Kommission eingeleiteten Konsultationsprozess zum demografischen Wandel. Im Grünbuch wird völlig zu Recht auf den tiefgreifenden Veränderungsprozess hingewiesen, in dem sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits befinden. Da kein Staat der EU von diesen Entwicklungen ausgenommen ist, teilen wir die Einschätzung der Kommission, dass schnell und entschlossen auch auf Gemeinschaftsebene gehandelt werden muss, um sich abzeichnenden Gefahren entgegenzuwirken.

Gleichwohl ist der Paritätische Niedersachsen der Auffassung, dass die demografische Entwicklung nicht einseitig unter dem engen ökonomischen Blickwinkel betrachtet und der Fokus nicht ausschließlich auf wirtschaftliches Wachstum, Erwerbsarbeit und „Humankapital“ gerichtet werden darf.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen muss unseres Erachtens eine von mündigen Bürgerinnen und Bürgern getragene, solidarische Zivilgesellschaft stehen, in der allen Menschen, gleich welchen Geschlechts und Alters, welcher Herkunft und welchen Glaubens, ob gesund, krank oder behindert, eine würdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Wir teilen die Feststellung der Kommission im Grünbuch, dass die Modernisierung der Sozialsysteme vorangetrieben werden muss – wenn damit nicht lediglich ein Abbau von Leistungen für bedürftige Menschen gemeint ist. Schon heute lebt ein großer Teil der EU- Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, wobei insbesondere Kinder als Armutrisiko gelten, während der Reichtum einer kleinen Bevölkerungsgruppe und die Gewinne großer Aktienunternehmen weiter anwachsen.

- *Wenn ja, wie könnten die Ziele aussehen, und welche Politikbereiche sind Ihrer Ansicht nach betroffen?*

Der Paritätische Niedersachsen unterstützt die im Grünbuch formulierten Ziele, das Gleichgewicht zwischen den Generationen zu sichern und neue Übergänge zwischen den Lebensabschnitten zu schaffen. Da hier in erster Linie sozial- und familienpolitische Maßnahmen und damit zunächst die lokalen, regionalen und nationalen Politikebenen gefragt sind, sollten diese Fragestellungen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung behandelt werden. Die nationalen Besonderheiten der Systeme der sozialen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste, so in Deutschland die komplexen Strukturen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, sind dabei unbedingt zu beachten und zu unterstützen.

Weiter sollte es Ziel sein, Strukturen und Bedingungen zu fördern, damit sich die Menschen in den Mitgliedsstaaten ihren Wunsch nach Kindern erfüllen können. Ob jedoch alles daran gesetzt werden muss, wieder zu einem demografischen Wachstum zu kommen, sollte zumindest offen diskutiert werden. Die Lebensentwürfe haben sich im Laufe der Jahrzehnte faktisch geändert und die Familie mit Kindern ist nicht die einzig angestrebte Lebensform. Diese Tatsache sollte respektiert werden.

2) Fragenkomplex 1.2.: Zuwanderung

- *In welchem Maß kann die Zuwanderung bestimmte negative Auswirkungen der Bevölkerungsalterung ausgleichen?*
- *Welche politischen Maßnahmen sind notwendig, um diese Zuwanderer zu integrieren, insbesondere die jungen Menschen?*
- *Welchen Beitrag können die Gemeinschaftsinstrumente leisten, insbesondere im Rahmen der Antidiskriminierungsvorschriften, der Strukturfonds und der beschäftigungspolitischen Strategie?*

Das Grünbuch sieht die Steigerung der Geburtenrate sowie die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten als Lösungsmöglichkeiten an.

Die Erhöhung der Geburtenrate sowie eine vermehrte Zuwanderung führen in erster Linie zu einer Verjüngung der Gesellschaft sowie zur Zunahme der Zahl der Erwerbsfähigen. Sofern davon ausgegangen wird, dass die Geburtenrate bei Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten höher liegen dürfte als bei EU-Bürgern, sollte bedacht werden, dass dieses ggf. nur so lange gilt, wie diese Menschen in ihren Heimatländern und –gesellschaften leben. Gleichzeitig ist ein erhöhter Anteil an jugendlichen Migranten ohne Bildungsabschluss - und von Arbeitslosigkeit betroffen - festzustellen. Die Fragen der Diskriminierung und das erhöhte Risiko der Kinderarmut stellen sich bei Migranten verschärft.

Verschiedene Untersuchungen gehen davon aus, dass es zukünftig aufgrund unterschiedlicher Faktoren zu einem Bedarf an Fachkräften in bestimmten Wirtschaftsbereichen kommen kann, der akut nicht mit inländischen Arbeitskräften bzw. mit Menschen, die bereits in den EU-Staaten leben, abgedeckt werden kann. Zuwanderung kann hier hilfreich sein, um diese Engpässe auszugleichen.

Fazit:

Die Integration in den EU-Staaten wird möglicherweise zur Folge haben, so wie wir es schon jetzt bei MigrantInnen feststellen können, dass sich deren Geburtenrate der europäischen anpassen wird.

Zuwanderung kann nur dann zur Lösung der aus dem demografischen Wandel in der EU resultierenden Probleme beitragen, wenn der Arbeitsmarkt dafür offen ist und die Erwerbstätigenquote damit erhöht werden kann. Zudem müsste ein Instrument geschaffen werden, das den Zuzug entsprechend den Bedürfnissen regeln kann und in der Lage ist, konkrete Fachkräftemängel in bestimmten Bereichen kurzfristig auszugleichen. Dieses könnte z.B. ein Punkte-System sein, wie es ursprünglich schon im deutschen Zuwanderungsgesetz vorgesehen war.

Sehr sinnvoll wäre auch die Einbeziehung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in entsprechende Zuwanderungsverfahren. Das bedeutet insbesondere nach Ablauf einer gewissen Zeit des Verfahrens die Ermöglichung eines Aufenthalts mit umfassenden Freizügigkeitsregelungen.

Weitere Voraussetzung wäre, dass die Integrationsmöglichkeiten der Zuwanderer positiv ausgestaltet werden. Eine wirksame Verwaltung und Maßnahmen zur Integration, die oben beschriebene Fragen mit unterstützen, sind dabei erforderlich.

Zur Umsetzung derartiger Konzepte ist ein gesellschaftlicher Konsens über die gewünschte Form und Zusammensetzung der Gesellschaft notwendig.

3) Fragenkomplex 2.1. Bessere Integration von Jugendlichen

- *Wie können die politischen Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut und der Armut von Ein-Eltern-Familien sowie zur Reduzierung des Armuts- und Ausgrenzungsrisikos für Jugendliche beitragen?*

Der Paritätische Niedersachsen unterstützt nachdrücklich das Anliegen der EU-Kommission, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen. Dass 19 % der unter 15-jährigen in der EU dem Armutsrisiko ausgesetzt sind, ist nicht hinzunehmen.

Der europäische Pakt für die Jugend und die im Mai herausgegebene Mitteilung der Kommission über europäische Politiken im Jugendbereich enthalten viele wichtige Ansätze, um die Integration junger Menschen zu verbessern.

Insbesondere sind kostengünstige bzw. kostenlose, ganztägige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten ab dem ersten Lebensjahr bereit zu stellen, damit allein erziehende Mütter und Väter in der Lage sind, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

- *Wie kann man die Qualität der Systeme der Erstausbildung und der Erwachsenenbildung verbessern? Welchen Beitrag können die informelle Bildung sowie ehrenamtliche Tätigkeiten leisten? Welchen Beitrag können die Strukturfonds und Instrumente für den besseren Zugang zur Wissensgesellschaft leisten?*

Schüler und Schülerinnen, Auszubildende, die Jugend allgemein darf nicht auf die Funktion „Human-kapital“ und ihre ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden. Wenn von Bildung die Rede ist, muss es um mehr gehen als um die Akkumulation von Wissen und Fertigkeiten. Im Mittelpunkt muss die ganzheitliche Entwicklung des jungen Menschen hin zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit stehen. Es geht um die Einübung in Freiheit und um die „Heraus-Bildung“ größtmöglicher Autonomie des Subjektes.

Es ist inzwischen unumstritten, dass die Schule nur ein Ort unter mehreren ist, an dem Bildung stattfindet. Daneben kommt der Jugendarbeit als Bildungsinstanz eine besondere Bedeutung zu, da sie für alle Jugendlichen Orte und Gelegenheiten der Selbst-Sozialisation und Selbst-Bildung in pädagogisch verantworteten Kontexten bereitstellt. Darüber hinaus ist Jugendhilfe mit ihrer Jugendsozialarbeit in der Lage, Bildungszugänge für benachteiligte Jugendliche zu erschließen. Der Paritätische Niedersachsen spricht sich für eine stärkere Berücksichtigung dieses informellen Bildungssektors im Rahmen von EU-Aktivitäten aus.

- *Wie kann man den Übergang zwischen Schule und Erwerbsleben und die Qualität der Beschäftigung von Jugendlichen verbessern? Welche Rolle sollte der soziale Dialog spielen? Welchen Beitrag könnte der Dialog mit der Zivilgesellschaft leisten, insbesondere mit den Jugendorganisationen?*

Dem Dialog mit der Zivilgesellschaft und den Jugendorganisationen kommt eine große Bedeutung zu, da hier die Träger der nicht-formalen und der informellen Bildung sowie der Benachteiligtenförderung mit einem hohen Grad ehrenamtlich engagierter Bürger und Bürgerinnen angesiedelt sind. „Auf gleicher Augenhöhe“ sollten zivilgesellschaftliche Akteure, Sozialpartner und öffentliche Bildungsträger neue Konzepte mit individuellen Förder- und Qualifizierungsbausteinen entwickeln, sozialpädagogische Begleitung für benachteiligte junge Menschen und qualifiziertes Fallmanagement bereit stellen

4) Fragenkomplex 3: Welche Rolle für die Union ?

- *Sollte die Union Gedankenaustausch und Regelmäßige Analyse – beispielsweise jährlich – des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf die Gesellschaften und die einschlägigen Politikbereiche fördern?*

Der Paritätische Niedersachsen hält es für sinnvoll und notwendig, dass die Europäische Union einen kontinuierlichen Diskussionsprozess zum demografischen Wandel vorantreibt, allerdings, wie bereits oben erwähnt, sollte die Diskussion offen geführt werden und breit angelegt sein. Man kann dem Thema nicht gerecht werden, wenn alles unter die Prämisse „Wachstum und Beschäftigung“ gestellt wird.

Unseres Erachtens ist nicht nur, aber gerade vor dem Hintergrund des zukünftigen Bevölkerungsrückganges und der Alterung der Gesellschaft zu fragen, ob allein das Wirtschaftswachstum tatsächlich geeignet ist, die Probleme der Gemeinschaft zu lösen. So zeugen nicht zuletzt die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden von einem großen Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine Politik, die anscheinend nur auf ökonomische Belange hin orientiert ist und den Wunsch der Menschen nach sozialer Absicherung und einem solidarischen, sinnstiftenden Zusammenleben nicht erkennbar aufgreift.

Die Diskussion darüber, was denn das „europäische Sozialmodell“ verkörpert und wie dieses dauerhaft gesichert werden kann, muss deshalb integraler Bestandteil der Diskussion werden. Die EU sollte versuchen, alle gesellschaftlich relevanten Akteure, allen voran die Zivilgesellschaft, in diesen Prozess einzubeziehen. Die soeben veröffentlichte EU-Strategie zur Kommunikation mit den Schwer-

punkten „going local“ und „zuhören“ halten wir in diesem Zusammenhang für ebenso hilfreich wie den „Pakt für die Jugend“.

Ivan Illich hat bereits 1975 nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus humanen Gründen die Grenzen des Wachstums proklamiert. Nun scheinen wir diese Grenzen, zumindest im europäischen Raum, in den nächsten Jahrzehnten zu erreichen – was das Wachstum der Bevölkerung angeht, aber vermutlich auch bezogen auf die Wirtschaft. Es ist dem Paritätischen Niedersachsen ein wichtiges Anliegen, dass auch die hierin liegenden Chancen mit ins Blickfeld gerückt werden. So könnte sich die EU dieser Entwicklung positiv stellen und beispielsweise Studien erstellen lassen oder Konsultationen durchführen, die sich mit den positiven Aspekten der demografischen Entwicklung befassen.

Auch die Rolle älterer Menschen sollte unter diesem Aspekt neu durchdacht werden, nicht nur bezüglich ihres Einbezugs in den Arbeitsmarkt, sondern auch hinsichtlich ihres Engagements in der Zivilgesellschaft, in Nachbarschaftsräumen etc.

- *Sollten die Finanzinstrumente der Union – insbesondere die Strukturfonds – diesen Wandel stärker berücksichtigen, und wie ?*

Für den Einsatz der Finanzinstrumente der Union (Strukturfonds) folgt aus unserer Sicht neben der bereits vorhandenen Orientierung auf die Integration junger Menschen zwingend eine starke Berücksichtigung der gemeinwohlorientierten Einrichtungen. Der Bereich der Sozialwirtschaft („Dritter Sektor“) mit seinen Beratungs- und Unterstützungsleistungen in der sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge und seinen Beschäftigungsbetrieben ist seit Jahren der Bereich, in dem die meisten Arbeitsplätze entstehen. Die EU sollte den Bereich der Sozialen Dienste angesichts des demografischen Wandels auch im Bereich der Infrastrukturförderung stärker als bisher berücksichtigen. Eine einseitige Ausrichtung auf kleine und mittlere Unternehmen sollte dabei vermieden werden.

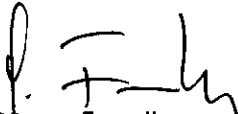
- *Wie könnte die Koordination der Beschäftigungs- und Sozialschutzpolitik auf europäischer Ebene die Dimension des demografischen Wandels stärker berücksichtigen ?*

Vor dem Hintergrund der Krise um die Ratifizierung der europäischen Verfassung könnte hier eine Chance liegen, dem Bedürfnis der Menschen nach sozialer Sicherheit gerecht zu werden und das Vertrauen in die Gemeinschaft zu stärken, indem der ESF auf der lokalen und regionalen Ebene die Anstrengungen zur sozialen Integration und zur Verhinderung von Ausgrenzung und Armut stärkt. Vor allem auf der lokalen Ebene liegt der Schlüssel, um Vertrauen zurück zu gewinnen und aktive Mitverantwortung zu fördern. So hat eine vom norwegischen Parlament in Auftrag gegebene Studie gezeigt, dass politische Verantwortung abnimmt, je weniger Bedeutung die lokale Demokratie hat. Fast nur auf dieser Ebene können die Menschen erfahren, dass sie auch zwischen den Wahlen ihre Lebensumstände mitgestalten können.

- *Wie kann der europäische soziale Dialog zu einer besseren Bewältigung des demografischen Wandels beitragen ? Welche Rolle kann die Zivilgesellschaft spielen?*

Aus dem bisher Gesagten dürfte deutlich geworden sein, dass der Paritätische Niedersachsen der Zivilgesellschaft, die sie ja mit verkörpert, eine zentrale Rolle bei der Bewältigung des demografischen Wandels beimisst. In dem hier vertretenen breiten und weit gefächerten Spektrum gesellschaftlicher Gruppen und Einrichtungen finden die Menschen andere als rein ökonomisch bestimmte Sinnzusammenhänge, hier können sie Solidarität, Unterstützung und menschlichen Zusammenhalt erfahren-Faktoren, die für ein Europa der Bürger unerlässlich sind.

Mit freundlichen Grüßen


Günter Famulla
Vorsitzender


Cornelia Rundt
Vorstand